

11.02.2014

Antrag

der Fraktion der FDP

Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes durch Aufklärung und Schulungen verhindern!

I. Ausgangslage

Fast 400.000 Menschen in Deutschland leiden unter Diabetes mellitus Typ-1, darunter etwa 30.000 Kinder und Jugendliche. Laut Expertenangaben steigt die Zahl der Neuerkrankungen an Diabetes Typ-1 bei Kindern und Jugendlichen jährlich um ein bis zwei Prozent. 15 von 1.000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren leiden an Typ-2-Diabetes. Nach aktuellen Schätzungen sind in Deutschland zwischen 21.000 und 24.000 Kinder und Jugendliche betroffen.

Typ-1-Diabetes, der auch als juveniler Diabetes bezeichnet wird, ist eine Erkrankung, bei der die Bauchspeicheldrüse kein Insulin mehr produziert. Mit diesem Stoff werden lebenswichtige Stoffwechselfvorgänge reguliert. Daher sind Typ-1-Erkrankte gezwungen, sich ihr Leben lang Insulin zuzuführen. Typ-2-Diabetes ist gemeinhin auch als Altersdiabetes bekannt, obwohl wie dargelegt auch immer mehr junge Menschen erkranken. Übergewicht und Bewegungsmangel werden als Ursachen für diese Erkrankung angesehen. Es gilt als erwiesen, dass sich dieser Diabetestyp durch präventive und vorbeugende Maßnahmen häufig verhindern ließe.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Diabetesvorsorge in Schulen und Kindergärten (Drs. 16/3347) hat die Landesregierung bestätigt, dass mit einer chronischen Krankheit wie Diabetes erhebliche, insbesondere auch psychosoziale Belastungen für Kinder und Jugendliche verbunden sind. Besonders verletzend wirken Witzeleien in der Klasse und das Ausschließen von gemeinsamen Aktionen wie Wandertage und Klassenfahrten. Hier ist für Kinder und Jugendliche eine besondere Vorbereitung erforderlich, damit sie trotz ihrer Erkrankung an den Aktivitäten der Schulen teilnehmen können. Lehrkräfte müssen helfend und integrierend eingreifen, damit die Betroffenen nicht in eine Außenseiterrolle gedrängt werden.

Datum des Originals: 11.02.2014/Ausgegeben: 11.02.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Landesregierung und gesetzliche Unfallversicherung informieren zwar in Broschüren und im Internet über den Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Diabetes in der Schule, doch diese Informationen entfalten keine durchschlagende Wirkung. Aktuelle Rückmeldungen besorgter Eltern von Kinder und Jugendlichen mit Diabetes lassen einen weiter bestehenden Handlungsbedarf erkennen. In der Praxis treten nach wie vor häufig Fälle auf, in denen Kinder und Jugendliche wegen Diabetes von Ausflügen, Reisen oder dem Sport in Einrichtungen ausgeschlossen werden. Es mehren sich Hinweise, dass Lehrerinnen und Lehrer aus Unwissenheit oder Angst bei einem Kind mit Diabetes falsch reagieren.

Schülerinnen und Schüler, die an einer Krankheit leiden, schneiden – das zeigen Studien – oft auch in der Schule schlechter ab. Bei Unterzuckerung bestehen Konzentrations- und Aufmerksamkeitsprobleme mit der Folge von schlechteren Schulnoten.

In NRW müssen die Familien sich selbst darum kümmern, dass ihre an Diabetes erkrankten Kinder und Jugendlichen in Schulen ausreichend versorgt werden. Oft erfahren sie dabei Ablehnung, Unverständnis und Widerstand. Das Versorgungsproblem wird daher bei den Eltern abgeladen, die dann auf sich alleine gestellt sind. Es ist festzuhalten, dass dieser Einsatz nicht von allen Eltern geleistet werden kann, was zu einer Ungleichbehandlung führt.

Zur Integration und besseren Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes muss besser über Diabetes aufgeklärt werden. Denn Beispiele aus der Praxis machen deutlich, dass nach wie vor ein hoher Informationsbedarf vor Ort vorliegt. In Schulen besteht eine weit verbreitete Verunsicherung über den richtigen Umgang mit Diabeteskindern und - jugendlichen sowie über Verantwortlichkeiten, Pflichten und Rechte des Personals.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Durchführung von Schulungen zu Diabetes durch qualifizierte Fachkräfte zu unterstützen,
2. sich bei den gesetzlichen und privaten Krankenkassen dafür einzusetzen, dass für interessierte Schulen die Kosten für Diabetesschulungen übernommen werden,
3. sich bei der gesetzlichen Unfallversicherung für eine Berücksichtigung von Diabetes in den Lehrplänen der Erste-Hilfe-Ausbildung einzusetzen,
4. verstärkt über die rechtlichen Grundlagen beim Umgang mit Kindern und Jugendlichen zu informieren, die an Diabetes leiden,
5. sich in der Gesundheitskonferenz NRW für einen Schwerpunkt „Prävention und Gesundheitsförderung von Diabetes bei Kindern und Jugendlichen“ einzusetzen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Susanne Schneider
Yvonne Gebauer

und Fraktion